

Stellungnahme des Deutschen Lehrerverbands zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Sprachkompetenz als Grundlage

Der Deutsche Lehrerverband plädiert für eine frühe Sprachförderung. Wenn Sprachförderung erst mit der Einschulung beginnt, ist das zu spät: Wenn die notwendigen Sprachkenntnisse nicht vorhanden sind, beginnt die Bildungsbiographie statt mit ersten Erfolgserlebnissen mit Schwierigkeiten beim Lernen von Lesen, Schreiben und Rechnen. Dieser Rückstand kann später nur sehr schwer aufgeholt werden. Deshalb fordert der Deutsche Lehrerverband verpflichtende Sprachstandstests und bei Notwendigkeit eine verpflichtende Sprachförderung. Der Deutsche Lehrerverband ist für den Ausbau des Kita-Angebots, allerdings gegen eine verpflichtende Kita-Pflicht für alle Kinder.

Demokratie lehren und leben

Schulen sind Orte der Demokratiebildung, zur Vermittlung von geschichtlichem und politischen Grundwissen, zum Erlernen demokratischer Werte und zum Ausprobieren demokratischer Strukturen in z.B. Schülerparlamenten. Demokratieerziehung und die Vermittlung freiheitlich-demokratischer Werte in der Schule sind ein Querschnittsthema für alle Schulfächer – in den Schulstunden ebenso wie im Umgang im Schulalltag miteinander. Die zeitgemäße digitale Ausstattung der Schulen und Medienbildung als Querschnittsthema ist ein weiterer Schlüssel der Demokratiebildung. Kinder und Jugendliche müssen gegen Fake News und andere Formen der Beeinflussung gewappnet werden. Sie müssen Medienkompetenz entwickeln, Quellen einschätzen lernen und digitale Werkzeuge souverän anwenden können.

Längeres gemeinsames Lernen

Der Deutsche Lehrerverband lehnt das Zielbild „Längeres gemeinsames Lernen“ ab. Deutschland braucht keine vereinheitlichten Schulformen ohne Profil, sondern möglichst vielgliedrig differenzierte und profilierte allgemeinbildende und berufsbildende Schulformen. Sind die Leistungen von Schülerinnen und Schülern in einer Schule zu heterogen, erhalten weder die leistungsschwächeren noch die leistungstärkeren die für sie notwendige Förderung. In den Bundesländern, die noch stark auf ein gegliedertes Schulwesen setzen, wie z.B. Bayern, sind in den vergleichenden Leistungsstudien die Leistungen der Schüler aller Schulformen besser als die Leistungen in den Ländern mit „längerem gemeinsamen Lernen“ wie Berlin und Brandenburg.



Stellungnahme des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Kita-Ausbau-Initiative

Viele Probleme in der Schule könnten vermieden werden, wenn alle Kinder im Vorschulalter bereits eine gute Förderung erhalten könnten, im sozialen, im emotionalen und im kognitiven Bereich. Gut entwickelte Programme wie der Early Excellence-Ansatz und das Konzept der Familienzentren sind evaluierte Beispiele dafür, wie die dem Kind innewohnende Lernfreude unter Einbeziehung der Mitarbeitenden, Eltern und des Sozialraums gefördert und Chancenungleichheit minimiert werden kann. Die Einbeziehung von Psychologinnen und Psychologen in die Kindergartenarbeit in Hinblick auf die Potenzialanalyse der Kinder, die Beratung von Mitarbeitenden und Eltern und die Entwicklung von Förderkonzepten sehen wir als große Chance für die Entwicklungsgrundlagen der Kinder. Eine bundeseinheitliche Regelung wäre hilfreich, um allen Kindern die gleichen Ausgangsvoraussetzungen für die Schule zu ermöglichen, denn „Bildung ist die mächtigste Waffe, die du verwenden kannst, um die Welt zu verändern“ (Nelson Mandela).

Mitwirkung der Kinder

Wenn wir uns Bürgerinnen und Bürger wünschen, die selbstständig, selbstbewusst und selbstverantwortlich das gesellschaftliche Geschehen mitgestalten und sich engagiert einbringen, muss Partizipation gelernt sein, in der Schule, aber auch schon im Kindergarten. Kinder wissen auch im Vorschulalter bereits, was sie sich wünschen und wenn sie lernen, wie sie sich nach bestimmten Regeln in Strukturen einbringen können, lernen sie viel darüber, wie man seine eigenen Wünsche äußert, wie man die Wünsche anderer respektiert und sich mit anderen austauscht, einigt und gemeinsame Ziele erreicht. Kinder haben eine nur sehr kleine Lobby, deshalb treten wir für die Rechte von Kindern ein und fordern, sie im Grundgesetz zu verankern.

Mehr Geld, vielseitige Teams und ein einheitliches Bildungssystem

Die Schulen bilden einen Ort, der eine große Chance für alle Kinder und Jugendlichen sein kann. Langfristig könnten Schulen durch die Integration wissenschaftlich fundierter Ansätze und die Förderung von Resilienz und Wohlbefinden zu Orten der Entwicklung und des Wachstums werden. Schüler brauchen eine Umgebung, die Wertschätzung, Empathie und Werte vermittelt und Neugier, Mut und Begeisterung fördert. Bildung sollte auch Persönlichkeitsbildung sein. Kinder und Jugendliche müssen gestärkt werden und die „Mental-Health-Krise“ an den Schulen bewältigt; psychische Gesundheit ist Voraussetzung für nachhaltiges Lernen. Schulpsychologinnen und Schulpsychologen können sehr viel mehr dazu beitragen, wenn sie nicht nur Schäden reparieren müssten, sondern die Kapazitäten hätten, auch mehr als bisher an der Gestaltung des Ortes Schule mitzuarbeiten. Dazu müsste ihre Anzahl auf ein in Europa gefordertes Niveau von 1000 betreuten Schülerinnen und Schülern (und nicht wie zurzeit in Deutschland 3000 bis 10.000) erhöht werden.

Stellungnahme des Schulverbunds „Blick über den Zaun“ zu Zielbildern des Bügerrats Bildung und Lernen

Längeres gemeinsames Lernen

Die schulische Selektion findet im gegliederten Schulsystem Deutschlands deutlich früher statt als in nahezu allen anderen Ländern der Welt. Es ist davon auszugehen, dass diese frühe Selektion Chancengerechtigkeit behindert und Benachteiligungen von Kindern in ihrer Bildungsbiographie verstetigt. Längeres gemeinsames Lernen trägt nicht nur der Individualität der Lernenden Rechnung, es ermöglicht Kindern und Jugendlichen auch umfassende Erfahrungen mit Vielfalt und Diversität. Zahlreiche BüZ-Schulen praktizieren unterschiedliche Formen des jahrgangsgemischten Lernens in inklusiven Lerngruppen und verfügen diesbezüglich über einen reichen Schatz an Erfahrungen. Kritisch sind bei diesem Zielbild aus Sicht des BüZ die beiden folgenden Aspekte:

- 1) Der Begriff der Inklusion sollte, gerade angesichts der weiterhin bestehenden Defizite im deutschen Bildungssystem bei der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention, unbedingt in diesem Zielbereich auftauchen.
- 2) Zudem bleibt unklar, welche Schulformen die so genannte gemeinsame Mittelstufe abbilden sollen - soll es die "eine Schule für alle" sein, oder soll dieses Konstrukt in den Schulen des bestehenden Schulsystems eingerichtet werden.

Individuelles lebensnahes Lernen

Lernen ist ein ganzheitlicher, hochgradig individueller Prozess und lässt sich insofern nicht vereinheitlichen und nur begrenzt planen. Lernen braucht ein positives Beziehungsumfeld, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiheit und Begleitung und zwischen Routine und Herausforderung. Dementsprechend lautet der erste von vier Standardbereichen im Leitbild des BüZ: "Den Einzelnen gerecht werden - individuelle Förderung und Herausforderung". Die Schulen des BüZ orientieren sich an diesem Standard und praktizieren vielfältige Formen des individuellen und lebensnahen Lernens.

Demokratie lehren und leben

„Schule als Gemeinschaft. Demokratie lernen und leben“ - so lautet der Titel des dritten von vier Standardbereichen im Leitbild des BüZ. Wir sind überzeugt: Junge Menschen können sich dann mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung identifizieren und sich in die Gestaltung des Gemeinwesens aktiv einbringen, wenn sie in der Schule konkrete Erfahrungen mit Partizipation sammeln, Entscheidungen treffen und verantworten und sich als selbstwirksam und sozial eingebunden erfahren können.

Stellungnahme des Verbands für Schulen des gemeinsamen Lernens zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Am wichtigsten sind für die GGG die Zielbilder „Längeres gemeinsames Lernen“, „Individuelles Lernfeedback“ bzw. „Ganztags- und Halbtagsangebote nebeneinander“. Sie beschreiben wichtige Rahmenvorgaben für die Struktur und Ausgestaltung der einer Schule für alle in Deutschland, die endlich gemeinsames Aufwachsen und erfolgreiches Lernen aller Kinder bis zum Ende der Schulpflicht ermöglichen soll. Damit würden demokratische Vorgaben, Verfassungsgrundsätze und die Menschenrechtskonventionen endlich erfüllt. Nur in einer öffentlichen inklusiven Schule für alle sind gleiche Rechte, Werte und Würde aller Kinder in einem wertschätzenden Umgang erlebbar und zu erlernen – für ein gelingendes gesellschaftliches Miteinander!

Längeres gemeinsames Lernen

Längeres gemeinsames Lernen fördert und fordert die GGG darum seit ihrer Gründung zur Begleitung der Gesamtschulversuche vor 56 Jahren. Es galt und gilt bis heute, nach der Grundschule allen Kindern ein weiter erfolgreiches, gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Damit wurde und wird Bildungsungerechtigkeit abgebaut, Benachteiligung vermindert und Scheitern verhindert - ein bestmöglicher Abschluss (ohne Brüche, Beschämung und Ausschulung) als individuelles Ziel. Individuelles Lernfeedback und das Abschaffen der vergleichenden Noten verhindern soziale Hierarchie, stärken das Selbstbild und befördern späteren beruflichen Erfolg.

Ganztags- und Halbtagsangebote nebeneinander

Das lehnen wir entschieden ab! Nur verbindlicher Ganztag für alle ermöglicht vielfältige und gemeinsame Lernsituationen und eine bessere Rhythmisierung im Schulalltag. Nur eine ganztägige Lernorganisation für alle mit individuellen Lernzeiten statt Hausaufgaben, vielfältig verschiedenen, gemeinsamen, offenen Arbeitsphasen aufgrund unterschiedlicher Interessen und Fähigkeiten fördert das Miteinander, stärkt die Wahrnehmung, den Umgang mit Verschiedenheit. Es verbietet sich ein Nebeneinander von Ganz- und Halbtags in einer Schule für alle, weil es diskriminiert: „Die einen müssen bleiben, die anderen dürfen gehen!“ So erzeugt man eine prägende soziale Hierarchie und untergräbt das wertschätzende Miteinander – das Ziel der inklusiven Schule für die Demokratie!

Stellungnahme der Initiative Flexible Oberstufe zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Individuelles lebensnahes Lernen

Entspricht dem Leitbild einer zukunftsfähigen Lernkultur der Potsdamer Erklärung: Lernen in eigenem Tempo, lebensweltbezogen und projektorientiert. Fördert Selbstwirksamkeit, Verantwortung und Motivation. Die Initiative sieht darin eine Grundlage für eine moderne Oberstufe, die Theorie und Praxis verbindet und flexible Lernwege eröffnet. Die Initiative fordert daher Schaffung von Strukturen, die individuelle Bildungswege ermöglichen.

Unterstützung: Entwicklung modularer Lernarchitekturen und schulischer Konzepte, die Lernende stärker an der Themenwahl beteiligen.

Individuelles Lernfeedback

Spiegelt den Gedanken der Potsdamer Erklärung wider, Leistung vielfältig zu erfassen statt nur durch Klausuren. Individuelles Feedback stärkt Lernprozesse, Reflexionsfähigkeit und faire Bewertung in heterogenen Lerngruppen. Hausaufgabenfreiheit und Übungszeiten unterstützen eigenverantwortliches Lernen.

Unterstützung: Pilotierung neuer Feedback- und Prüfungsformate (z. B. e-Portfolios, Lernberichte, Kolloquien)

Digitales und analoges Lernen

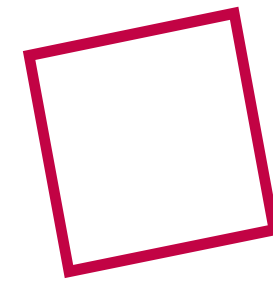
Deckt sich mit der Potsdamer Erklärung: Lernen wird vernetzter, Feedback zentraler. Eine kluge Verbindung analoger und digitaler Lernformen fördert Medienkompetenz, Selbstorganisation und Kooperation. Technik darf Mittel, nicht Selbstzweck sein.

Unterstützung: Förderung digital gestützter Lernräume und Fortbildung von Lehrkräften zur didaktisch sinnvollen Mediennutzung.

Demokratie lehren und leben

Entspricht dem Anspruch der Potsdamer Erklärung, Verantwortung und Teamfähigkeit in offenen Lernarchitekturen zu fördern. Demokratiebildung stärkt Teilhabe und Mitverantwortung in Schule und Gesellschaft.

Unterstützung: Förderung von Beteiligungsformaten in Schulen und projektorientiertem Lernen mit gesellschaftlichem Bezug.



Stellungnahme der Stiftung Ein Quadratkilometer Bildung zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Sprachkompetenz als Grundlage

In den km2-Bildungsnetzwerken beginnt Literacy-Erziehung lange vor Schuleintritt durch tägliche spielerische Erfahrungen. Dabei wird Mehrsprachigkeit als Ressource verstanden. So wurden in km2 Bildung Meerane während der Pandemie altersgerechte Hörbücher erstellt, die dank neuer Tonieboxen alle Kitas erreichten. Und km2 Bildung Wuppertal entwickelt mit Wissenschaftler:innen ein Kartenset für ehrenamtliche Lernbegleiter:innen, mit Tipps zur alltagsintegrierten Sprachbildung. Auch die Expertise von Eltern in ihrer Familiensprache wird eingebunden: Das an mehreren Programmorten etablierte Programm „Rucksack Kita“ und die Schulung von Lesemüttern sind gute Beispiele.

Demokratie lehren und leben

Einrichtungsentwicklung gelingt nicht ohne die Zielgruppe selbst: km2 Bildung setzt auf die Mitwirkung von Schüler:innen nach der UN-Kinderrechtskonvention. So wird ein Grundbaustein für ihr demokratisches Denken gelegt. Nur ein Beispiel der diversen Bottom-up-Ansätze: Der „Klassentreff“ in km2 Bildung Bernsdorf. Hier tagen Klassenvertretungen monatlich, um Belange im Namen aller Schüler:innen zu entscheiden und gemeinsam mit Kollegium und Elternschaft umzusetzen. Die Qualifizierungsreihe „Werte im Quadrat“ bietet Fach- und Lehrkräften aller Programmorte ein Jahr voller Input zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Demokratiebildung, sowie ein Budget für Impulse vor Ort. Zusätzlich gibt es 2025 eine Fortbildung für Ehrenamtliche.

Mehr Geld, vielseitige Teams und ein einheitliches Bildungssystem

Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Fokus auf die Zielgruppe: km2 Bildung kooperiert in Sozialräumen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, an den Schnittstellen zwischen Bildungseinrichtungen, um allen Kindern und Jugendlichen reibungslose Übergänge zu ermöglichen. Institutionen werden unterstützt sich im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft für gute Bildung gemeinsam weiterzuentwickeln. Dazu werden die drängendsten Bedarfe im Sozialraum erfasst und in multiprofessionellen Teams an deren Lösung in einem Bottom-up-Prozess gearbeitet. Daraus entstehen zum Beispiel geteilte Übergangskalender, Kompetenzkarten und durchgängige Fort- und Weiterbildungsformate, die konkret in der Bildungspraxis wirken.

Stellungnahme des Lechler Forums Frühkindliche Bildung und Inklusion zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Mitwirkung von Kindern in der Kita

Die Mitwirkung von Kindern in der Kita ist ein zentraler Schlüssel für die Entwicklung sozialer und emotionaler Kompetenzen. Damit bildet sie einen wichtigen Grundstein für frühkindliche Demokratiebildung und die Entwicklung eines selbstbestimmten Lebens. Neben der Stärkung von Selbstvertrauen und Eigenständigkeit geht es auch um die Fähigkeit, die Bedürfnisse und Interessen anderer wahrzunehmen sowie Aushandlungsprozesse zu erlernen.

Das Lechler-Forum „Frühkindliche Bildung und Inklusion“ setzt bei den inhaltlichen Themenstellungen die Perspektive der Kinder in den Mittelpunkt der Fachtagungen. Den Fachkräften wird eine Reflexionsfolie geboten, um u.a. über Machtungleichheiten zwischen Fachkräften und Kindern oder Kinderperspektiven ins Gespräch zu kommen.

Kita-Ausbau-Initiative

Chancengerechte Bildung beginnt mit der Bildung von Anfang an. Die Bedeutung der frühkindlichen Bildung wird in Deutschland unterschätzt. Sie legt den wesentlichen Grundstein für die weiterführende Bildung in der formalen Bildungsinstitution Schule, könnte gleichberechtigte Ausgangsbedingungen für alle Kinder schaffen und sollte deshalb ohne Zugangsbarrieren flächendeckend angeboten werden.

Seit über 20 Jahren sind wir mit der Politik, den Wohlfahrts- und kommunalen Verbänden in Baden-Württemberg im Austausch über die Bedeutung der frühkindlichen Bildung und ihre Transformation in ein ausreichend finanziertes und ausgestattetes inklusives Bildungssystem. Grundlage hierfür sind Ergebnisse aus Praxisforschungsprojekten.

Stellungnahme der Stiftung Lebenswerte Nachbarschaft in Reutlingen zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Mehr Geld, vielseitige Teams und ein einheitliches Bildungssystem

Mehr Geld, vielseitige Teams und ein einheitliches Bildungssystem sind drei zentrale Themen, die die Schule auf unterschiedliche Art und Weise zu einem besseren Lernort machen. Ein einheitliches Bildungssystem würde enorme finanzielle Mittel und Kapazitäten freisetzen und zudem die Ungleichheiten durch viele Parallelstrukturen reduzieren. Ein vielseitiges Team schafft unter anderem Räume für individuelle Begleitung und eine vielseitige Gestaltung des Lebens- und Lernorts Schule.

Die „plattform lebenswert“ unterstützt seit zwei Jahrzehnten sehr erfolgreich die Schule und Lehrer*innen im Quartier durch Jobpat*innen bei der individuellen Förderung von Jugendlichen in ihren Lernprozessen.

Stellungnahme des Grundschulverbands zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Längeres gemeinsames Lernen

Die frühe Auslese nach Klasse 4 verschärft Bildungsungerechtigkeit und steht im Widerspruch zu einem längeren gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle. Der Auslesedruck belastet die pädagogische Arbeit der Grundschule. Der Grundschulverband fordert mehr Zeit für eine Lernkultur des Mit-und-Voneinander-Lernens und kontinuierlich begleitete und geförderte Lern- und Entwicklungsprozesse der Kinder.

Unterstützung der Umsetzung des Ziels:

Gemeinsam mit vier anderen Verbänden (GGG, GEW, AHS, PogA) engagiert sich der Grundschulverband im Bündnis „Eine für alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ für längeres gemeinsames Lernen. Neben der Herausgabe einer Schriftenreihe zu Inklusionsrelevanten Themen ist für 2026 eine bundesweite Tagung geplant.

Sprachkompetenz als Grundlage

Viele Grundschulklassen sind durch eine große Sprachenvielfalt geprägt. Von zentraler Bedeutung für Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe sind möglichst früh einsetzende und durchgängig verfügbare Maßnahmen zur sprachlichen Bildung und ergänzenden Sprachförderung, die alle Sprachen der Kinder anerkennen und Mehrsprachigkeit wertschätzen.

Unterstützung der Umsetzung des Ziels:

Mit seinen Veröffentlichungen sowie dem Standpunkt „Mehrsprachigkeit – Sprachenlernen in der Grundschule“ unterstützt der Grundschulverband die Institutionen übergreifende Verantwortung für eine durchgängige sprachliche Bildung. Aktuell zum Thema erschienen ist die Zeitschrift Grundschule aktuell Heft 172 „Sprachenvielfalt in der Grundschule: Potenziale von Kinderliteratur“.

Ganztags- und Halbtagsangebote nebeneinander

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung ab 2026 wird die Ganztagsentwicklung als große Bildungsreform der kommenden Jahre die Grundschulen intensiv fordern. Es wird um gute Ganztagsangebote gehen, die für Kinder stabile (pädagogische) Beziehungen und Kontinuität in ihrem Bildungsweg bereitstellen.

Unterstützung der Umsetzung des Ziels:

Offene Ganztagsschulen und additive Konzepte mit Schule und Hort erreichen nur einen Teil der Kinder und bieten nicht so umfassende Möglichkeiten für die Verknüpfung von Vor- und Nachmittag und Rhythmisierung. Mit dem Standpunkt Ganztagsschule und dem Band „Ganztagsbildung- Modelle, Qualität, Chancen“ fordert der Grundschulverband von allen Konzepten als Qualitätsmerkmal, Schulen als Kindheitsorte neu zu denken.

Stellungnahme von Prof. Dr. Michael Heister, Bundesinstitut für Berufsbildung zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Demokratie lehren und lernen

Zentral ist für alle Bildungsbereiche „Demokratie lehren und lernen“. In den letzten Jahren sehen wir ganz erhebliche Bedrohungen unsere Demokratien durch Kriege, Populismus und gezielte Falschinformationen. Dem muss bereits in der Kita und erst recht in der Schule und der beruflichen Bildung entgegengewirkt werden. Das BiBB widmet sich diesem Thema etwa in der gemeinsam mit dem minor Projekt-kontor getragenen Fachstelle Demokratie in der beruflichen Bildung (<https://minor-kontor.de/fachstelle-demokratie-in-der-beruflichen-bildung/>). Zudem wird in der Arbeit mit unseren eigenen Auszubildenden intensiv auf das Thema der Demokratiebildung eingegangen.

Individuelles Lernen in der Ausbildung

Im Bereich berufliche Bildung finde ich „Individuelles Lernen in der Ausbildung“ sehr wichtig. Wir haben bei den Auszubildenden so unterschiedliche Voraussetzungen, insbesondere bezogen auf den Schulabschluss, dass wir jedem Auszubildenden sein eigenes Lerntempo ermöglichen müssen. Dies ist insbesondere auch durch individuelles Lernen an eigenen Projekten möglich, was wir wiederum auch bei unseren eigenen Auszubildenden berücksichtigen. Diesen unterschiedlichen Lernniveaus und der Unterstützung benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener widmen wir uns auch auf unserer Webseite www.überaus.de und im Rahmen der von uns betreuten Servicestelle Jugendberufsagenturen (www.servicestelle-jba.de).

Bessere Berufschancen für Jugendliche ohne Schulabschluss

Zudem erscheint mir im Bereich der beruflichen Bildung die Ermöglichung „Besserer Berufschancen für Jugendliche ohne Schulabschluss“ von zentraler Bedeutung. Wir können es uns als Gesellschaft einfach nicht leisten, das hier bestehende Fachkräftepotential nicht auszuschöpfen. Noch wichtiger ist, dass wir nach meinem Verständnis aus ethischer Sicht verpflichtet sind, den Jugendlichen durch geeignete Hilfen und Programme Perspektiven zu eröffnen. Auch hier versuchen wir durch die gerade genannten Angebote gegenzusteuern. Außerdem spielt dieser Punkt in dem vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanzierten und vom BiBB seit Herbst diesen Jahres durchgeführten Programms Job-Vision eine wesentliche Rolle.

Stellungnahme von Jana Heiberger und Markus Kiss, Deutsche Industrie- und Handelskammer

Sprachkompetenz als Grundlage

Denn frühkindliche Sprachbildung ist nicht nur Grundlage für den schulischen Erfolg, sondern auch für eine nachfolgende, erfolgreiche Ausbildung in den Betrieben. Aus DIHK-Sicht ist eine flächendeckende systematische Betrachtung des Sprachstands und darauf aufbauende verbindliche Sprachfördermaßnahmen in Kindertageseinrichtungen notwendig, um das Sprachniveau für eine erfolgreiche Schulbildung und anschließende akademischen oder beruflichen Ausbildung zu sichern.

Umfassende Berufsorientierung

Aus Unternehmenssicht ist eine frühzeitige und praxisorientierte Berufsorientierung essenziell, damit sich Jugendliche in der Vielzahl an Möglichkeiten von über 300 Ausbildungsberufen und rund 20.000 verschiedenen Studienangeboten orientieren können. Praxiseinblicke und Kontakte zu Ausbildungsbetrieben helfen nicht nur bei der Berufsorientierung und Suche nach dem passenden Beruf, sondern bringen auch Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt zusammen und tragen somit zur Fachkräftesicherung bei. Einen Ausbau und eine Stärkung der Berufsorientierung auf allen Ebenen gelingt nur mit den Betrieben, um mehr praxisorientierte Angebote zu ermöglichen und so konkrete Kenntnisse über Berufe und die Arbeitswelt zu vermitteln. Betriebe wünschen sich mehr Informationsangebote für Schüler über die Chancen der beruflichen Bildung einschließlich der Höheren Berufsbildung zum Meister, Betriebswirt oder Fachwirt (Einstiegsmöglichkeiten, Berufsaussichten, Zukunftschancen, Gestaltungsmöglichkeiten) als gleichwertigem Karriereweg zur akademischen Bildung für alle Schulformen. Aus Sicht der Betriebe würden in den Lehrplänen festgelegte Kapazitäten für Berufsorientierung helfen, die Berufsorientierung im schulischen Kontext zu stärken. Eine curriculare Verankerung ist aus Sicht der Wirtschaft vor allem dann hilfreich, wenn den Lehrkräften die Zeit für nicht festgeschriebene Inhalte wie die berufliche Orientierung fehlt, wie dies in Zeiten der Pandemie der Fall war. Parallel empfiehlt sich zur Stärkung der Berufsorientierung in der Schule aus Sicht der Wirtschaft auch eine Verankerung der beruflichen Orientierung als Querschnittsthema in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung. Ausbildungsbetriebe wissen um den hohen Stellenwert der Berufsorientierung für beide Seiten: Ohne Berufsorientierung und Praktika keine Azubis und ohne Azubis keine ausgebildeten Fachkräfte, die so dringend von der Wirtschaft gebraucht werden. Ein Großteil der Ausbildungsbetriebe will das eigene Engagement in der beruflichen Orientierung deshalb künftig weiter ausbauen.

Bessere Berufschancen für Jugendliche ohne Schulabschluss

Aus unserer Sicht gibt es bereits zahlreiche Fördermöglichkeiten für junge Menschen ohne oder mit schlechten Schulabschlüssen. Diese gilt es zu nutzen und auszubauen. Jüngere Menschen mit Unterstützungsbedarf sollten durch Instrumente wie die Assistierte Ausbildung oder betriebliche Einstiegsqualifizierungen gefördert werden. Programme wie Senior Expert Service: VerAplus SES helfen mit ehrenamtlichen Begleitern, junge Menschen mit Startschwierigkeiten zum Ausbildungserfolg zu führen. Teilqualifizierungen sind ein gutes Instrument für Menschen über 25 Jahre, für die eine klassische Ausbildung in Betrieb und Berufsschule nicht mehr in Frage kommt. Über einzelne Bausteine können hier Schritt für Schritt Qualifikationen erworben und die Arbeitsmarktchancen verbessert werden. Am Ende kann über eine IHK-Prüfung ein vollwertiger Berufsabschluss erworben werden. Eine „Unterteilung in Ausbildungsmodule“ darf aus unserer Sicht nicht zu einer Abschaffung von Berufen und dem Verlust beruflicher Handlungskompetenz führen. Gut ist es, wenn berufsübergreifende Kompetenzen in einer ersten Phase vermittelt werden und anschließend eine Spezialisierung in einer zweiten Phase erfolgt. In zahlreichen Berufsausbildungen wird das schon praktiziert. „Auffangprogrammen“ für kleine Betriebe finden wir problematisch. Betrieben ist dann am besten gedient, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen, sie genügend ausbildungswillige und -fähige Bewerberinnen und Bewerber finden und Förderprogramme wie die oben genannten nutzen. Den Ausbau von Lernwerkstätten finden wir nicht zielführend. Besser ist es, junge Menschen, wenn irgendwie möglich, direkt in die betriebliche Praxis zu bringen, sei es in Einstiegsqualifizierungen oder niedrigschwellige Ausbildung.

Stellungnahme von Jana Heiberger und Markus Kiss, Deutsche Industrie- und Handelskammer

Umsetzung: Sprachkompetenz als Grundlage

Zum ersten Zielbild (Sprachkompetenz als Grundlage) können wir als DIHK und IHK-Organisation leider keine konkreten Beiträge leisten. Hier stehen Kitas, Schüler und Elternhäuser in der Verantwortung.

Umsetzung: Umfassende Berufsorientierung

Betriebe bieten Schülerpraktika an – etwa in Formaten wie Praktikumswochen, Praxislerntagen oder digitalen Angeboten. Die Industrie- und Handelskammern bieten hier Unterstützung bei der Vermittlung und Organisation. Daneben machen Betriebe verschiedene Angebote zur Orientierung wie Tage der offenen Tür, Girls‘Days und Boy’sDays. Darüber hinaus bieten sie Peer-to-Peer Angebote wie Ausbildungsbotschafter- und Ausbildungsscout-Einsätze an, bei denen Auszubildende ihren Ausbildungsberuf vorstellen und Schülerinnen und Schülern auf Augenhöhe ihre Fragen dazu beantworten. Hinzu kommen Unternehmens- und IHK-Veranstaltungen zur Elternarbeit wie Elterncafés, gemeinsame Berufswahldinner, spezielle Ratgeber und Hotlines sowie Informationsangebote – in Präsenz und virtuell. Betriebe bieten auch spezielle Angebote für Lehrkräfte wie zum Beispiel Lehrerbetriebspraktika. Bei der Kommunikation der Angebote zur Berufsorientierung, in und auch außerhalb der Schule, nehmen Betriebe auch Eltern und Peer-Groups in den Blick, die jeweils einen besonderen Einfluss auf die Berufswahl junger Menschen haben. Die Industrie- und Handelskammern helfen interessierten Schulen bei der Vermittlung und dem Aufbau von Bildungspartnerschaften, um Jugendliche frühzeitig auf den Start in eine Ausbildung vorzubereiten. Die IHK-Organisation macht zielgruppengerechtes Marketing für die duale Berufsausbildung und deren gesellschaftliche Anerkennung – sowohl mit regionalen Initiativen als auch der bundesweiten Ausbildungskampagne Jetzt#könnenlernen. Die Industrie- und Handelskammern kennen den Bedarf der Wirtschaft mit Blick auf die Berufswahl, unterstützen mit Angeboten einer arbeitsmarktorientierten und anschlussfähigen beruflichen Orientierung und Ausbildungsberatung und bringen Angebot und Nachfrage zusammen, zum Beispiel im Rahmen der „Passgenauen Besetzung“, mit dem Ausbildungsatlas, Ausbildungsmessen und Praktikumsbörsen.

Umsetzung: Bessere Berufschancen für Jugendliche ohne Schulabschluss

Die IHKs vermitteln in Ausbildungen und Einstiegsqualifizierungen und bauen die Möglichkeiten einer schrittweisen Nachqualifizierung für über 25-jährige Menschen ohne Berufsabschluss aus. Dabei unterstützen sie insbesondere durch Teilqualifikationen und die Validierung individueller beruflicher Fähigkeiten, insbesondere durch dieses Projekt: Teilqualifikationen Chancen Nutzen!

Stellungnahme von Jan Schröder, UNICEF zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Priorisierung der wichtigsten Zielbilder

UNICEF setzt sich gegenüber der Bundespolitik, den weiteren verantwortlichen Stellen in Ländern und Kommunen sowie in der Öffentlichkeit dafür ein, dass die Rechte von Kindern auch in Deutschland umfassend verwirklicht werden. Das Recht von Kindern, ihre Meinung zu äußern und in Angelegenheiten, die sie betreffen, gehört zu werden ist eine der drei Grundsäulen der UN-Kinderrechtskonvention und in Artikel 12 formuliert. UNICEF engagiert sich für die aktive altersgemäße Beteiligung von Kindern in Kommunen, in Kitas und in Schulen sowie in allen anderen Kindern betreffenden Lebensbereichen und ermöglicht auf lokaler, nationaler und internationaler den Dialog zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträgern.

Der 2025 erschienene UNICEF Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland zeigt eine beunruhigende Entwicklung bei Kindern mit Hinblick auf Sprachbildung und Lesekompetenz, die wesentliche Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe darstellen. Hier sieht UNICEF dringenden Handlungsbedarf ebenso wie im Bereich digitales Lernen, um den hohen Anteil der Jugendlichen, die nur über rudimentäre digitale Kompetenzen verfügen, zu reduzieren.

Viele Zielbilder des Bürgerrats unterstützt UNICEF bereits mit seiner Arbeit. Mitwirkung, Demokratiebildung und gemeinsames Lernen sind vor dem Hintergrund der Kinderrechte und der Situation der Kinder in Deutschland aus Sicht von UNICEF drei besonders wichtige Zielbilder.

Förderung der Umsetzung der Zielbilder

Die Aufgabe von UNICEF besteht neben der Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit für Kinderrechte im Bildungskontext vor allem darin, Landesregierungen darin zu unterstützen, die Rechte von Kindern zur Grundlage der Schulentwicklung zu machen. Das Kinderrechteschulen-Programm (www.unicef.de/kinderrechteschulen) leistet so auch einen unmittelbaren Beitrag zur Demokratiebildung und -stärkung. Darüber hinaus bietet UNICEF umfassende Materialien für Schulen an (<https://www.unicef.de/informieren/schulen>), um Kinderrechte im Schulalltag zu thematisieren und erlebbar zu machen.

Stellungnahme des Kita-Fachkräfteverbandes Niedersachsen-Bremen e.V. zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

Präambel

Wir, der Kita-Fachkräfteverband Niedersachsen-Bremen e.V., erkennen die Empfehlungen des Bürgerrats Bildung und Lernen im Bereich der frühkindlichen Bildung als wichtigen Meilenstein für mehr Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Entwicklung unseres Bildungssystems an. Insbesondere die Forderungen nach besserer Qualität, mehr Teilhabe, früher Förderung und gerechter Ausstattung entsprechen unseren Werten und Fachkenntnissen. Mit diesem Commitment bekennen wir uns zu einem aktiven Beitrag, diese Forderungen konkret umzusetzen.

1. Unser Selbstverständnis und unsere Grundwerte

Wir verpflichten uns zu:

- **Chancengerechtigkeit:** Jedes Kind soll, unabhängig von Herkunft, sozialer Lage oder Wohnort, gleichwertige Bildungs- und Entwicklungschancen haben.
- **Qualität in der frühkindlichen Bildung:** Fachlich fundierte, liebevolle und motivierende pädagogische Arbeit mit ausreichend Personal, kleinen Gruppen und nachvollziehbaren Standards.
- **Partizipation und Mitwirkung:** Kinderrechte und Beteiligung werden als feste Bestandteile in den pädagogischen Konzepten verankert; Eltern, Fachkräfte und Träger handeln partnerschaftlich.
- **Sprachförderung und Bildung von Anfang an:** Rechtzeitig und kontinuierlich, damit Kinder sprachlich bestmöglich gerüstet in die Schule starten.

Stellungnahme des Kita-Fachkräfteverbandes Niedersachsen-Bremen e.V. zu Zielbildern des Bürgerrats Bildung und Lernen

2. Unsere konkreten Zusagen / Maßnahmen

Im Folgenden legen wir fest, welche Schritte wir als Kita-Fachkräfteverband Niedersachsen-Bremen unternehmen bzw. auf politischer, institutioneller und praktischer Ebene unterstützen werden, um die Forderungen des Bürgerrats Bildung und Lernen für frühkindliche Bildung umzusetzen.

3. Ressourcen, Kooperation & Unterstützung

- Wir streben zielgerichtete Gespräche mit der Politik an, um dort Maßnahmen zu besprechen und Erfahrungswerte aus der Praxis einfließen zu lassen.
- Wir unterstützen den Erfahrungsaustausch zwischen den Kitas — Beispiele guter Praxis werden gesammelt und veröffentlicht.

4. Monitoring, Evaluation & Transparenz

- Die Fortschritte werden mindestens einmal jährlich im Verband veröffentlicht (Bericht online / Mitgliederinformation), mit einer Darstellung, was schon umgesetzt wurde, wo es Verzögerungen gibt und welche Herausforderungen bestehen.

5. Schlusswort

Wir wissen, dass die Umsetzung dieser Forderungen kein kurzfristiges Unterfangen ist, sondern ein Prozess, der politisches Engagement, finanzielle Investitionen und strukturelle Veränderungen erfordert. Dennoch sehen wir diese Forderungen als moralischen und fachlichen Auftrag.

Mit diesem Commitment erklärt der Kita-Fachkräfteverband Niedersachsen-Bremen e.V., dass er bereit ist, nicht nur Forderungen zu unterstützen, sondern aktiv an ihrer Realisierung mitzuarbeiten. Wir sind überzeugt, dass frühkindliche Bildung eine der zentralen Säulen ist, auf der Chancengleichheit, Teilhabe und Bildungserfolg aller Kinder aufgebaut werden.